

a) Frau Butz beantwortet die Fragen zum Antrag der proNRW-Fraktion. Sie erklärt, dass die Renovierungsarbeiten von externen Fachleuten übernommen worden sind, da laut Mietvertrag bei Kündigung eine Wohnungsübergabe in fachgerechtem Zustand stattfinden muss. Des Weiteren berichtet sie, dass sich derzeit 45 Asylbewerber in Radevormwald aufhalten, von denen 42 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und 3 Asylbewerber einer Erwerbstätigkeit nachgehen, durch die sie ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können. In den letzten Jahren wurden keine Asylbewerber mehr anerkannt. Weiterhin ist es nicht bekannt, dass von diesem Personenkreis in Radevormwald oder in dem Heimatland Straftaten begangen worden sind. Abschließend erklärt Frau Butz, dass eine Schätzung der Kosten für die Asylbewerber für die nächsten fünf Jahren nicht möglich ist, da dies von der Anzahl der Zuweisungen abhängt, die nicht beeinflusst werden kann. Für das Jahr 2012 sind 410.000 € für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz veranschlagt, von denen 108.000 € durch Landeszuweisungen refinanziert werden.

b) Herr Ebbinghaus merkt an, dass in der Zeitung über ein Gespräch des Bürgermeisters mit dem Staatsschutz berichtet wurde. Er fragt an, warum dieser Termin nicht an die politischen Gremien weitergegeben wurde bzw. keine Teilnahme an einem solchen Gespräch angeboten worden ist.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er weder Einladender noch Organisator dieses Treffens war. Das Gespräch ist vom „Runden Tisch gegen Rechts“ initiiert worden und er selbst hat lediglich als Gast daran teilgenommen. Da dieses Gespräch auf vertraulicher Basis stattgefunden hat und mitunter auch aktuelle Ermittlungsstände beinhaltet hat, kann über den Inhalt nicht berichtet werden.

Ende der öffentlichen Sitzung: 16.40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung missbilligt der Bürgermeister das Verhalten von Herrn Staratschek, der zu Anfang der Ratssitzung auf allen Plätzen Aufkleber mit rechtsradikalem Inhalt verteilt hat, welche vom anwesenden Kamerateam gefilmt wurden. Unabhängig davon, dass Herr Staratschek dies nicht aus rechtsradikalen Beweggründen getan hat, verbittet der Bürgermeister sich eine entsprechende Handlung für die Zukunft.

Frau Ebbinghaus vertritt die Ansicht, dass die Stadt Radevormwald öffentlich gegen die rechtswidrige Nutzung des Stadtwappens, welches auf dem Aufkleber zu sehen ist, vorgehen muss.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung regelmäßig Anzeige aufgrund rechtsradikaler Aktivitäten erstattet habe.

Herr Ullmann berichtet, dass er persönlich und auch seine Fraktion schon zahlreiche Anzeigen gegen die Aktivitäten der Gruppierung „Freundeskreis Radevormwald“ bei der Staatsanwaltschaft Köln erstattet haben. Diese Verfahren wurden zumeist eingestellt und erst nach mehrfachen Anfragen wieder aufgenommen.

Herr Viebach beantragt, dass der Bürgermeister überprüfen soll, inwieweit gegen die Verfasser der ausgelegten Aufkleber rechtlich vorgegangen werden kann bzw. ob eine Anzeige erstattet werden kann. Außerdem fragt er an, wie häufig die Verwaltung bereits Anzeigen wegen rechtsradikaler Aktivitäten erstattet habe.

(Nachtrag zum Protokoll: Verwaltungsseitig wurden bereits 20 Strafanzeige wegen rechtsradikaler Aktivitäten erstattet; auch im vorliegenden Fall.)